
Aussprache

Erfolgreiche Erneuerung

(Zu Heft 6/92 „Beschäftigung und Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Dienst der neuen Bundesländer)

Die Ausgabe 6/92 der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ enthält einen Beitrag von Berndt Keller und Fred Henneberger, der sich unter anderem mit der Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung in der damaligen DDR im Jahre 1990 befaßt. Dieser Teil des Aufsatzes enthält Behauptungen und Darstellungen, die mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen und dringend der Richtigstellung bedürfen.

So wird die Auffassung vertreten, daß die Einzelgewerkschaften nach erfolg-

losen Erneuerungsversuchen die Auflösung des FDGB nachvollzogen hätten. Damit wird die Rolle und der Verdienst der Einzelgewerkschaften bei der Zerschlagung der Machtstrukturen des FDGB und bei seiner Auflösung völlig verkannt. Richtig ist - und als ehemaliger Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft kann ich dies aus eigener Anschauung behaupten —, daß erneuerte und auf demokratische Weise neugegründete Einzelgewerkschaften den FDGB seit Mai 1990 zur Auflösung gezwungen haben. Darüber hinaus stellt die Formulierung „nach erfolglosen Erneuerungsversuchen folgten die Einzelgewerkschaften“ eine Diskriminierung vieler Einzelgewerk-

schaften dar, die sich nach dem Vorbild westdeutscher Gewerkschaften im Frühjahr 1990 auf demokratischer Grundlage neu bildeten und schließlich ihren maßgeblichen Einsatz auf die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung gemeinsam mit den Gewerkschaften des DGB richteten.

Geradezu irreführend ist die Auffassung der Autoren, daß die „neugegründeten DDR-Gewerkschaften“ ihre Mitglieder „kollektiv“ oder „pauschal“ in die entsprechende DGB-Gewerkschaft eingebracht hätten. Für die IG Bergbau-Energie-Wasserwirtschaft der damaligen DDR, aber auch für andere Einzelgewerkschaften trifft dies nicht zu. Auch bei diesen Gewerkschaften, und nicht wie in dem Beitrag nur für die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes angenommen, vollzog sich der Übertritt auf der Grundlage einer individuellen Willenserklärung jedes einzelnen Mitgliedes. Von einer kollektiven Übernahme kann überhaupt keine Rede sein.

Zusammenfassend möchte ich feststellen, daß die von mir zitierten Aussagen der tatsächlichen Entwicklung im Jahre 1990 nicht entsprechen. Dies ist um so bedauerlicher, als es zu dieser Thematik bereits einige durchaus zutreffende Untersuchungen und Darstellungen in verschiedenen Veröffentlichungen gibt. Die von mir kritisierte Darstellung ist meines Erachtens zudem besonders fragwürdig, weil damit Standpunkte unterstützt werden, wie sie die unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen und die Treuhandanstalt gegenüber den Gewerkschaften vertreten.

Peter Witte,
Bochum

Geld-Geld-Geld!

(Zu Heft 7/92 „Teilen“)

Von Heft 7/92 bin ich nicht nur enttäuscht, sondern vielmehr entsetzt. In dieser Organisation bin ich Mitglied? Ist so etwas möglich? Das ganze Heft schreit

nach Geld. „Geld - Geld - Geld!“ Jeder will einen größeren Anteil für sich. Und nur weil er das alleine nicht schafft, scheint man in der Gewerkschaft zu sein. Ist Geld wirklich das einzige Interesse der Gewerkschaftsmitglieder?

Freilich, wenn alles käuflich ist - bald wird auch die Luft privatisiert werden, denn sie wird langsam knapp, und dann wird auch sie noch käuflich. Ist es denn überhaupt zu verantworten, daß der, der das meiste Geld hat, auch den größten Anteil an den Energiereserven der Erde verbrauchen darf?

Ich erwarte, daß meine Gewerkschaft in nächster Zeit (sicher muß man langfristig planen) ein ebenso dickes Heft der Würde des Menschen widmet, zum Beispiel:

- Die Würde des Menschen und die deutsche Einheit
- Die Würde des Menschen und die Ausbeutung der Dritten Welt
- Die Würde des Menschen und das Wohnungsproblem (Können sich fünf Milliarden Menschen Einfamilienhäuser leisten? Kann man den Lebensraum der Menschen nach Geld verteilen? Arme Leute müssen dichter wohnen.)
- Die Würde des Menschen und der Tourismus (Hurra, in Tunesien bedient man mich, das Gewerkschaftsmitglied, billiger)
- Die Würde des Menschen und die zunehmenden Verkehrsprobleme (Wann werden auch Fußgänger Schutzhelme brauchen?)
- Die Würde des Menschen und die Pressefreiheit (beziehungsweise ihr Mißbrauch)
- Die Würde des Menschen und das Recht aller auf die Erhaltung unserer (Um-)Welt
- Die Würde des Menschen und die Produktion von Waffen und überhaupt die Verantwortung für die Produktion und so weiter und so fort

Natürlich wird dazu auch Geld gebraucht, und dessen Verteilung ist ein gewerkschaftliches Problem.

Helga Lorenz, Raußlitz

Kotau vor dem heiligen Wachstum

(Zu dem Beitrag von Jürgen Walter, „Zehn andere Thesen über umweltverträgliches Wachstum“. Heft 8/92)

Obwohl ich die Thesen Johan Galtungs nicht kenne, möchte ich es doch nicht versäumen, ein paar kritische Anmerkungen zum Beitrag von Jürgen Walter zu machen. Dabei geht es mir hauptsächlich um seinen bemerkenswerten Kotau vor dem heiligen Wachstum in seiner ersten These. Meines Erachtens sind seine „Zehn anderen Thesen“ ein weiteres Beispiel dafür, wie hilf- und perspektivlos speziell innerhalb des besonders involtierten Teils des DGB über das Thema Umwelt und Wachstum orakelt und phantasiert wird.

Bevor man über Wachstum redet, sollte man klären, wie dieser Begriff zu verstehen ist. Kollege Walter tut dies dankenswerterweise sehr deutlich, indem er Wachstum im herrschenden Sinne gleichsetzt mit dem Steigen des Bruttosozialprodukts (BSP), also der Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen, an deren Steigen auch die Gewerkschaften ein Interesse haben müßten. Damit ist allerdings mit keinem Wort gesagt, welchen konkret-stofflichen Inhalt dieses Wachstum hat, sondern man befindet sich automatisch auf der Schleimspur der Kapitallogik, von der auch keine noch so schönen Begriffe (und sei es mit der Vorsilbe Öko-) mehr herunterführen. Im Sinne dieser Kapitallogik kann es zum Beispiel sinnvoll sein, wie es jeder BWL-Student heute lernt, ein Loch zu budeln, um es gleich darauf wieder zuzuschütten.

Um sich nicht gleich am Anfang zu tief in den Fängen der Wachstumsapologetik zu verheddern, wird dann der Hilfsbegriff des „qualitativen Wachstums“ ins Feld geführt. Aber auch das wird keine Rettung bringen.

Wenn wir, woran kein Weg vorbeiführt, von den Bedingungen des Weltmarktes ausgehen, das heißt:

- ständig steigende Kapitalintensität der Produktion,
- Zwang zur permanenten und immer kapitalintensiveren Innovation,
- Rückgang der Märkte beziehungsweise der realen globalen Kaufkraft durch vermehrte Zusammenbrüche nationaler Ökonomien im Süden und vermehrt im Osten,

dann kann dies nur ansatzweise die sich verschärfende Konkurrenzsituation skizzieren, der sich auch die Bundesrepublik gegenüber sieht. Unter diesen Bedingungen von einem selektiven oder gar bewußt gesteuerten Wachstums auszugehen, übersieht die schlichte Tatsache, daß dieses Wirtschaftssystem auf ein ständig steigendes Wachstum aller Sektoren immanent angewiesen ist, wenn dieses Land sich nicht in die Liste der weltweiten Verlierer einreihen will. Dies sieht auch Kollege Walter und verlangt von ökologischen Konzepten allen Ernstes, daß sie die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes nicht beeinträchtigen dürfen. Spätestens hier hat sich die Katze dann den Schwanz abgebissen. Abgesehen davon wäre interessant, wie marktwirtschaftlich der Ausgleich zwischen produktiven und unproduktiven Segmenten der Wirtschaft funktionieren soll.

Aber selbst wenn die Bundesrepublik finanziell in der Lage wäre (was sie nicht ist), ein solch gebremstes Wachstum über kurze Zeit durchzuhalten, wäre es illusionär, dies zum Paradigma für die restliche Welt zu erheben, da nur die höchstentwickelten Ökonomien in der Lage wären, eine derart kapitalintensive ökologische Produktion durchzuhalten. Betrachtet man die geradezu aussichtslose wirtschaftliche Lage der osteuropäischen Ökonomien, so kann man sich vorstellen, welchen Stellenwert ökologische Fragen dort haben werden und wie ernsthaft man sich dort an ökologische Spielregeln halten wird. Erst kommt das Fressen, dann die Moral: Auch das ist Bestandteil unserer „abendländischen Kultur“. Schon heute sind die westeuropäischen Staaten sowie Japan und die USA nicht in der Lage, Länder der Dritten Welt von einem

selbsterstörerischen Umgang mit den eigenen Ressourcen abzuhalten, weil diesen Ländern nur noch der eigene Ausverkauf bleibt.

Die gegenwärtigen wenigen Gewinner-Ökonomien (BRD, Japan) sind schon heute finanziell außerstande, eine zunehmende Verarmung zu verhindern. Die Zusammenbrüche der osteuropäischen Länder werden die krisenhaften Entwicklungen beschleunigen, die Verschuldung selbst der reichen Länder (USA) hat astronomische Höhen erreicht. Unter diesen Umständen von qualitativem Wachstum zu sprechen, ist zutiefst unrealistisch und verkennt bewußt die offensichtlichen Bewegungsgesetze des Kapitals, seinen Zwang zur betriebswirtschaftlichen Rentabilität. Der populistische Hieb gegen die bösen Überbevölkerer in der Dritten Welt paßt sehr gut dazu.

Nach meiner Auffassung kommen wir

innerhalb des Rahmens kapitalistischen Wachstumsfetischismus, dem sich die Gewerkschaften bis jetzt angeschlossen haben, nicht weiter. Die Schere zwischen Gewinnern und Verlierern wird sich national und international immer weiter öffnen und die Gewerkschaften gesellschaftlich marginalisieren.

Es muß die Diskussion eröffnet werden um einen radikalen Kurswechsel, die unser Wirtschaftssystem mit einschließt. Mit dem Zusammenbruch des Ex-Realsozialismus darf nicht die Diskussion um grundlegende Alternativen beendet sein. Es geht darum, aus der herrschenden Rentabilitäts- und Produktivitätslogik auszusteigen und auch aus ökologischen Gründen die konkret-stoffliche Seite der weltweiten vergesellschafteten Produktion in den Mittelpunkt der Politik zu rücken.

Achim Hauck,
Stuttgart